

MITTERMAIER UND DIE REFORM DES UNGARISCHEN STRAFVERFAHRENS

Universitätsdozent DR. KÁROLY BÁRD

I.

Wenn Prozessrechtler sich nach den Arbeiten ihrer ungarischen Kollegen erkundigen, so sind sie oft auf die fremdsprachigen Zusammenfassungen, Inhaltsverzeichnisse und Literaturangaben angewiesen. Und fast immer werden sie in diesen auf den Namen von Carl Joseph Anton Mittermaier treffen. Sei es das Problem der Zeugenaussage, der Berufung, der Privatklage oder der Verteidigung, das des Gutachtens, der Beweisführung, der Vorbereitung der Hauptverhandlung oder der Urteilsfällung – das sind die Gegenstände der in den letzten 30 Jahren erschienen bedeutenderen Monographien ungarischer Prozessrechtlerin allen gehört Mittermaier zu den respektierten Autoritäten, auf die man sich zu berufen pflegt.

Es soll gleich hinzugefügt werden, dass Mittermaiers Werke und Gedanken nicht einfach zur Pflichtlektüre eines „historischen Überblicks“ gehören, sondern seine Ausführungen werden auch heute noch als gültige Argumente betrachtet, als Gedanken, die für die Lösung gegenwärtiger Probleme von Nutzen sein können. Es wäre ein vielversprechendes Unternehmen, eine Analyse darüber zu verfertigen, inwieweit die gegenwärtige Prozessrechtswissenschaft von den Gedanken Mittermaiers zehrt und inwiefern seine Ausführungen zur Lösung akuter Probleme unserer Strafrechtspflege beitragen könnten.

Auf diese Analyse möchte ich jedoch diesmal verzichten, vor allem aufgrund der Überlegung, dass der bedeutende Einfluss der Lehren Mittermaiers nicht ausschliesslich für die ungarische Prozessrechtswissenschaft kennzeichnend ist. Wir haben allen Grund anzunehmen, dass Mittermaiers Lebenswerk das gemeinsame Gedankengut der gesamten europäischen Prozessrechtswissenschaft ist, aber gewiss derjenigen Länder, wo die Wissenschaft des materiellen und formellen Strafrechts lange Zeit hindurch unter dem beträchtlichen Einfluss deutscher Gelehrter sich entfaltete. Daher ist die häufige Bezugnahme ungarischer Prozessrechtler auf Mittermaier keine Rarität und keineswegs einzigartig in der Prozessrechtswissenschaft.

Einzigartig sind dagegen die persönliche Mitwirkung Mittermaiers an den Kodifikationsarbeiten der 40-er Jahre des 19. Jahrhunderts in Ungarn, seine intensiven, ja innigen Kontakte zu den besten Vertretern der ungarischen Reformbewegung und Strafrechtswissenschaft der Zeit, und sein leb-

haftes Interesse an den Kondifikationsarbeiten der Gesetzesentwürfe vom Jahre 1843.¹ Mittermaiers Beitrag war ohne Zweifel auf dem Gebiet des materiellen Strafrechts am bedeutendsten, doch wurde er auch über die kodifikatorischen Ereignisse im Bereich des Strafprozessrechts von den ungarischen Liberalen regelmässig informiert und auch auf diesem Gebiet ist seine Rolle beachtenswert, wenn auch eher passiv.

II.

Diese Kontakte der ungarischen liberalen Opposition zu Mittermaier bzw. die Analyse und Interpretation der Beziehungen sollten das Kernstück des Referats bilden. Im voraus sollte noch erwähnt werden, dass 1839/40 Per Reichstagsgesetz eine Landesdeputation beauftragt wurde, einen Entwurf für ein „Straf- und Besserungssystem“ zu erarbeiten. Die Deputation begann ihre Tätigkeit am Ende des Jahres 1841 und es wurde bald entschieden, die Arbeiten in Subdeputationen durchzuführen.

Die Beziehungen der besten Vertreter der ungarischen liberalen Opposition mit Mittermaier begannen eigentlich mit der Reise von Ferenc Pulszky nach Heidelberg — Pulszky war einer der jüngeren Mitglieder der zur Ausarbeitung des Entwurfes zum StGB beauftragten Subdeputation — wo der grosse Gelehrte ihn mit Interesse und viel Liebe empfing. Während seines Aufenthaltes hatte Pulszky die Möglichkeit, seine Ideen mit Mittermaier auszutauschen und er versprach ihm, den Gesetzesentwurf ins Deutsche zu übersetzen und diese dann Mittermaier zu übermitteln.²

Und es stellt sich nun die erste Frage: was führte die ungarischen Reformer zu Mittermaier, warum ersuchten sie ihn um seinen Rat und Unterstützung obwohl eigentlich vieles dagegen sprach sich an einen deutschen Wissenschaftler zu wenden. Es war ja das Zeitalter des erwachenden Nationalismus, obwohl es eben die progressivsten Vertreter der liberalen Opposition waren, nämlich Szalay, Pulszky, Eötvös, die den Versch machten, die nationale Verpflichtung mit der Treue zum Ideal der universellen Menschheit miteinander zu verbinden. Sie vertraten in der Reformzeit die Richtung, die nicht wählen wollte zwischen Patriotismus und Weltbürgertum, zwischen Ungarn und Europa, zwischen nationale Originalität und europäische Bildung. Sie sahen darin keine Gegensätze, sondern Werte, die miteinander in Einklang gebracht werden können und auch müssen.³ Fremdenhass, so auch gegen Deutsche, stand ihnen fern. Doch sie kämpften für die Emanzipation von Ungarn auch auf geistigem Gebiete, so auch im Bereich der Strafrechtswissenschaft. Und wenn sie einmal die Emanzipation der ungarischen Strafrechtswissenschaft zum Ziele stzten, so mussten sich ihre Bestrebungen gewissermassen gegen diejenigen Einflüsse, richten, die auf die ungarische Rechtswissenschaft die bedeutendste Wirkung ausgeübt hatten, also gegen die deutschen Einflüsse, wie z.B. aus einigen Schreiben von Szalay ersichtlich ist⁴, dem — es sei nur nebenbei bemerkt — von sei-

nen Kritikern vorgeworfen wurde, er wäre bei der Verfassung seines berühmten Werkes über das Strafverfahren und die Schwurgerichte all zu stark von ausländischen Ideen und vornehmlich von deutschen Wirkungen beeinflusst worden.

Der zweite Grund, warum es auf den ersten Blick merkwürdig erscheint, dass die ungarischen Reformer sich an einen deutschen Gelehrten wandten und ihre Ansichten auch über das *Strafverfahren* mit ihm teilten, liegt in der Verschiedenartigkeit der deutschen und der ungarischen Verfahrensrechtsentwicklung, bzw. in dem Unterschied der Rollen, der historischen Mission, die die Anhänger eines reformierten Strafprozesses in dem einen und dem anderen Lande zu spielen, bzw. zu erfüllen hatten.

Ich bin kein Experte der deutschen Rechtsgeschichte und auch kein Rechtshistoriker, so möchte ich die verehrten Meister rechtsgeschichtlichen Forschens um Nachsicht bitten, wenn meine Ausführungen ihnen allzu vereinfacht und grob skizziert erscheinen sollten.

Unbestreitbar ist die Tatsache, dass der durch die Anhänger eines den bürgerlichen Verhältnissen entsprechenden Strafprozesses zu überwindende Inquisitionsprozess in Deutschland sich entfaltete⁵ denn mit der Peinlichen Gerichtsordnung Karls (1532) wird der Inquisitionsprozess als eine konsequent durchdachte, über immanente Logik verfügende Verfahrensart durchgeführt. Im Carolina erscheinen alle Merkmale des idealtypischen Inquisitionsprozesses: das Verfahren wird von Amts wegen eingeleitet und durchgeführt, der Prozess erscheint als schriftliches und daher geheimes Verfahren. Aus dem italienischen Recht wird die gesetzliche Beweistheorie mit Folter übernommen. Verurteilung erfordert Geständnis oder Beweis durch mindestens zwei einwandfreie Zeugen. Auf schwere, bewiesene Indizien tritt die Folter, die peinliche Frage zur Erzwingung des Geständnisses ein. Aus Italien wird dann die Verdachtstrafe und die Instanzenentbindung übernommen.

Von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts an gelingt es in den einzelnen deutschen Staaten, die Folter zu beseitigen, doch das Wesen des Inquisitionsprozesses, die gerichtliche Verbrechenverfolgung von Amts wegen mit ihrem schriftlichen geheimen Verfahren bleibt auch nach der Abschaffung der Folter unverändert. Das Geständnis, das bisher mit der Folter erzwungen wurde, sucht nun die gerichtliche Untersuchungskunst dem verhafteten von der Aussenwelt abgeschlossenen Angeklagten zu erreissen. Auch die Verdachtstrafe und Instanzenentbindung wurden beibehalten. Im 19. Jahrhundert wurde der französische Code d'instruction eingeführt und dadurch die Reform des Strafprozesses in Teilen Deutschlands nach französischem Muster durchgeführt. Doch die Regierungen und auch eine grosse Anzahl von Juristen verhielten sich eine Zeit lang ablehnend: gegen das Schwurgericht hatten sie politische Vorbehalte, von der Mündlichkeit fürchtete man mangelnde Gründlichkeit, von der freien Beweiswürdigung mangelnde Sicherheit der Rechtsanwendung.

So war es die hauptsächliche Sendung des politischen Liberalismus in Deutschland im Bereich der Rechtspflege aufzuweisen, dass durch den In-

quisitionsprozess die richterliche Objektivität untergraben und der Angeklagte dadurch des erforderlichen Rechtsschutzes beraubt wurde und dass die Herstellung dieser richterlichen Objektivität und dieses Rechtsschutzes unter Wahrung des öffentlichen Interesses an der Bestrafung des Verbrechens nur durch den reformierten Anklageprozess möglich sei. Diese Aufgabe war nicht leicht, denn in der Epoche des erwachenden Nationalismus musste berücksichtigt werden, dass der Inquisitionsprozess seinen Grundprinzipien und Methoden nach nicht ausschliesslich aus dem Ausland importiert worden war, sondern teilweise ein Erzeugnis deutscher Rechtspraxis und Rechtssetzung gewesen sei.⁶

Ob das wirklich der Fall ist, kann jetzt unberücksichtigt bleiben. Für unsere Ausführungen ist lediglich der Umstand von Bedeutung, dass die Liberalen in Ungarn andere Kämpfe führen mussten als ihre Kollegen in Deutschland.

In Ungarn hatte sich nämlich der Inquisitionsprozess nie so tief verwurzelt und nie zu solcher Vollkommenheit entfaltet, wie das der Fall in Deutschland war. Während in Deutschland der Inquisitionsprozess mit allen seinen ineinander verflochtenen und sich gegenseitig verstärkenden Elementen sich zu einem stabilen System entwickelte, waren in Ungarn in jeder Art von Verfahren gewisse Elemente des Anlageprozesses beibehalten worden.⁷

Das ungarische Recht kannte nämlich den schriftlichen Anklageprozess, der eigentlich nach dem Vorbild des Zivilprozesses ablief. Nachdem der Ankläger den schriftlichen Anklagebrief beim Gericht eingereicht hatte, folgte die Ladung und die Prozessaufnahme in Anwesenheit der Parteien. Der Angeklagte schrieb dann seine formellen Einwände im Protokoll nieder, dem die schriftlichen Repliken von Anklage und Verteidigung folgten. Wurden die abgelehnt, so kam es zum weiteren Schriftwechsel. Die Beweise mussten vom Ankläger hervorgebracht werden, der Angeklagte konnte sich der Hilfe eines Verteidigers bedienen. Wenn der im Recht unkundige Angeklagte keinen Verteidiger beauftragte, wurde ihm seit Anfang des 19. Jahrhunderts einer zur Seite gestellt, da der schriftliche Strafprozess Schriftkundigkeit und Rechtskenntnisse erforderte.

Die andere Verfahrensart war der summarische mündliche Strafprozess, der vornehmlich bei der Verübung kleinerer Straftaten durch Nichtadelige durchgeführt wurde. Er wies gewisse inquisitorische Elemente auf, doch die Verhandlung war mündlich, und Verteidigung war zugelassen, obwohl sie im Laufe der Zeit schrittweise zurückgedrängt wurde.

Aus der groben Gegenüberstellung der Entwicklung der Verfahrensrechte in Deutschland und in Ungarn lässt sich folgern, dass die Vertreter der Reformideen in den beiden Ländern verschiedenartige geschichtliche Sendungen zu erfüllen hatten. Für Mittermaier und seine Kollegen stellte sich die Aufgabe, gegen die Grundpfeiler des Inquisitionsprozesses aufzutreten: gegen die Verdachtstrafe und Instanzenbindung, und gegen die gesetzliche Beweistheorie. Es stellte sich zugleich die Aufgabe, nachzuweisen, dass, so formuliert Mittermaier, „die Mündlichkeit, das Anklageprinzip, die Öffent-

lichkeit und das Geschworenengericht am meisten Sicherheit gewährt, dass verübte Verbrechen entdeckt, die Schuld derjenigen, welche dieselben begingen, ausgemittelt, dass aber auch keine unnötigen Prozesse geführt, dem Angeschuldigten die Mittel seiner Verteidigung gehörig gesichert und die Materialien der Urteilsfällung in ihrem wahren Zusammenhang und dabei so geordnet vergelegt werden, dass eine gerechte Urteilsfällung den Richtern möglich gemacht werde.“⁸

Diesen harten Kampf mussten die ungarischen Reformen gegen das Inquisitionsverfahren nicht ausfechten. Die Öffentlichkeit, die Mündlichkeit und das Anklageprinzip wurden als Bestandteile des geltenden Systems angesehen, deren Existenz also durch die Tradition legitimiert war und keinem wissenschaftlichen Nachweis bedurfte.

Dies wird auch durch eine Abhandlung von László Szalay bestätigt, in der er in Mittermaiers „Kritische Zeitschrift für Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes“ über die Verhandlungen der ungarischen Reichsdeputation berichtete. Aus seinen Erörterungen geht hervor, dass dem Mündlichkeits- und dem Öffentlichkeitsprinzip eindeutig zugestimmt wurde. Über die Diskussion zur Frage ob das Strafverfahren akkusatorischer oder inquisitorischer Natur sein soll, schrieb Szalay das folgende: „Die Reichsdeputation entschied sich in einigen Minuten. Nach der einfachen Bemerkung des Präsidenten: dass selbst das bisherige Strafverfahren ein accusatorisches gewesen sei, und dass von der Einführung eines schlechteren Systems natürlich gar nicht die Rede seyn könne, wurde einstimmig beschlossen: dass Strafverfahren wird ein accusatorisches seyn und der Straf Antrag nicht durch Privatkläger, sondern durch einen öffentlichen Ankläger gestellt werden.“⁹

Der Inquisitionsprozess war also keine erdrückende Last, die von den Reformern überwunden werden musste. Was sie tatsächlich zu erringen hatten, war die Gleichheit vor dem Gesetz und die Demokratisierung der Justiz. Die heftigsten Auseinandersetzungen zwischen den Konservativen und den Liberalen betrafen nicht so sehr die juristischen Vorteile bzw. Unzulänglichkeiten mancher Institutionen.

Im Zentrum der Diskussionen stand nicht die Frage, ob z.B. die Einrichtung des Friedensrichters eingeführt werden sollte oder nicht, oder ob aus juristischer Sicht ein Anklagestuhl — wie es die Konservativen vorschlugen — oder eine Anklagejury, deren Einführung die Liberalen forderten — angemessener sei und deswegen bevorzugt werden sollte.

Die heftigsten Auseinandersetzungen entzündeten sich um die Frage, durch welche Schichten der Bevölkerung die verschiedenen Einrichtungen besetzt bzw. gewählt und ernannt werden sollen: entweder ausschliesslich von den wohlhabendsten, wie es die Konservativen beantragen um damit die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung zu gewährleisten: oder sollte der Kreis der Berechtigten ausgedehnt werden — wie es von den Liberalen vorgeschlagen wurde —, damit eine je breitere Schicht der Bevölkerung in die Lage versetzt würde, auf die Ausübung der Strafgewalt, auf den Gang

der Strafrechtspflege mittelbar oder unmittelbar Einfluss nehmen zu können.¹⁰

Wir kommen hier auf unsere ursprüngliche Fragestellung zurück. Wie kam es, dass trotz Bestrebungen ungarischer Politiker und Juristen, sich aus der Bevormundung durch den deutschen Geist zu befreien, trotz der Unterschiede der Entwicklung des Strafprozesses und daher der Verschiedenheit der historischen Mission der Anhänger der Reform in den beiden Ländern, die besten Vertreter der ungarischen Progression es für notwendig erachteten, sich an Mittermaier zu wenden und ihn um seine Unterstützung auch bei der Ausarbeitung des Entwurfes zum Strafverfahrensrechts zu ersuchen?

Der Grund liegt zweifellos in der ausserordentlichen Autorität Mittermaiers. So schrieb Gustav Radbruch zurecht, dass Carl Joseph Anton Mittermaier, bald nachdem er nach Heidelberg gekommen war, „zu den international berühmtesten unter allen deutschen Juristen seiner Zeit wurde.“ Es war seine Weltkenntnis, seine Empfindlichkeit für rechtsvergleichende Darstellung und auch seine beinahe unglaubliche Fruchtbarkeit, die ihn zum führenden Strafrechtler und Prozessualisten nicht nur Deutschlands sondern des ganzen Kontinents emporhoben. Es sollte aber ein weiterer Faktor neben Mittermaiers internationalem Ruhm erwähnt werden, und zwar seine geistige, intellektuelle Verwandschaft mit den fortschrittlichsten Kodifikatoren in Ungarn. Wie bereits erwähnt, zeichneten sich die Vertreter der ungarischen liberalen Opposition dadurch aus, dass sie bestrebt waren, die Treue zu den nationalen Traditionen und dem Europäertum miteinander zu verschmelzen. Dasselbe politische Kredo klingt in Mittermaiers Abhandlungen an. In allen mir bekannten prozessrechtlichen Werken war er bemüht, die besten Errungenschaften prozessrechtlichen Denkens, die in Europa und ausserhalb des Kontinents sich bewährten, in Deutschland anerkannt zu machen unter Wahrung der wertvollen nationalen Gepflogenheiten und mit viel Achtsamkeit für die besonderen Gegebenheiten seiner Heimat.

Und eben durch diese Geistesverwandschaft wird die Entfaltung der über die gewöhnlichen fachlichen Kontakte weit hinausgehende persönlichen und innigen Beziehungen von Mittermaier zu Pulszky, Eötvös, Szalay erklärt, wie sich dies aus ihrem Briefwechsel eindeutig entnehmen lässt.

Zur rekonstruktion dieses Briefwechsels stehen uns zuverlässige Quellen zur Verfügung. Franz Mittermaier hatte nämlich im Jahre 1883 die von Szalay, Deák, Pulszky und Eötvös an seinen Vater geschriebenen Briefe ungarischen Juristen zugänglich gemacht, und ein Teil der Dokumente wurde dann im darauffolgenden Jahr in der Zeitschrift „Ungarische Justiz“ veröffentlicht.¹² Daraus erfahren wir, dass vonehmlich Ferenc Pulszky Mittermaier gewissenschaft und regelmässig über das Vorangehen der kodifikatorischen Arbeiten auch im Bereich des Verfahrensrechts Auskunft erteilte. Bereits im Januar des Jahres 1842 berichtet er über die Abschaffung der Patrimonialgerichte und über die einstimmige Stellungnahme über die Gleichheit vor dem Gesetz. Dann informiert er Mittermaier über die heftigen Auseinandersetzungen um die Juryfrage, in der die Verfechter des Schwurgerichtes unterla-

gen. Doch gibt er auch seiner Hoffnung Ausdruck, dass das von der Opposition vorzulegende Minderheitsvotum den Reichstag doch von der Zweckmässigkeit der Einführung der Schwurgerichte überzeugen werde. Der Grund hierfür wurde vor allem darin gesehen, dass die gegenwärtigen gerichtlichen Institutionen in Ungarn Ähnlichkeiten mit dem Geschworenengericht aufwiesen.

Später berichtet Pulszky stolz darüber, dass auch die siegreiche Mehrheit sich zu liberalen Prinzipien bekannt hatte, denn zu den Grundzügen des Entwurfes zum Strafverfahren gehöre das Anklageprinzip, die Verteidigung auf freiem Fusse, die Öffentlichkeit der Verhandlung und die Mündlichkeit. Als Zusammenfassung stellt Pulszky mit Recht fest: Auch mit diesen Ergebnissen kann sich jeder Freund der Freiheit zufrieden geben.

In den späteren Briefen verschwindet dann der optimistische Ton aus Pulszkys Briefen, als er über die kodifikatorischen Arbeiten zum Verfahrensrecht berichtet. Dies deshalb, weil ihm allmählich bewusst wurde, dass die liberale Opposition dem Schwurgerichte kaum zum Siege verhelfen vermochte. „Von dem Verfahrensrecht erwarten wir nicht allzuviel“ schreibt er bereits am 12. April desselben Jahres; „die Idee der Jury ist allzu jung in diesem Lande, als dass sie die Mehrheit im Reichstag erringen könnte . . . Und der Vorschlag des Ausschusses, dass ständige Richter aufgrund ihrer subjektiven Überzeugung urteilen sollen, sowie Öffentlichkeit und Mündlichkeit im Verfahren und dabei doch die Möglichkeit der Berufung, also Ideen stellen solch ein mixtum compositum dar, womit letzten Endes keine der Parteien sich abfinden kann.“

Es stehen uns leider keine Quellen zur Verfügung, aufgrund derer wir erforschen könnten, ob Mittermaier auf Pulszkys Informationen über das Verfahrensrecht reagiert hätte. Mit Sicherheit lässt sich aber feststellen, dass Mittermaiers Interesse von Anfang an eher dem materiellen Strafrecht galt; und mit Bestimmtheit kann behauptet werden, dass er eine der aufsührlichen wissenschaftlichen Analyse über den Entwurf zum Strafgesetzbuch vergleichbare Kritik über den Entwurf zum Strafverfahrensgesetz nicht verfasst hatte.

Man stellt sich nun unwillkürlich die Frage, wie dieses verhältnismässig passive Verhalten des „Heidelbergers“ zu erklären sei, vor allem wenn man die Ansicht von Eberhard Schmidt teilt, laut welcher — ich zitiere Schmidt — Mittermaiers Hauptbedeutung (aber) auf dem Gebiete des Prozessrechts liegt.¹³ Mangels zuverlässiger Beweise ist man natürlich auf Vermutungen, ja auf Spekulationen angewiesen. Man läuft damit selbstverständlich Gefahr, durch zukünftige Forschungsergebnisse lächerlich gemacht zu werden. Doch ist es schwer der Verlockung des intellektuellen Abenteuers zu widerstehen.

Eine einfache Erklärung für Mittermaiers Schweigen bietet der pessimistische Ton in Pulszkys Briefen über das Vorgehen der Kodifikationsarbeiten zum Strafverfahren. Auch der Umstand, dass seine Mitstreiter nach der in der Juryfrage erlittenen Niederlage den Beschluss fassten, sich vornehm-

lich der Ausarbeitung des Entwurfes zum Strafgesetzbuch zu widmen, mag Mittermaier seines Mutes beraubt haben. Doch warum war er seinen Freunden bei den zu erwartenden weiteren Auseinandersetzungen um die Einführung der Schwurgerichte mit seinen Ratschlägen und Argumenten nicht beigestanden? Dachte er, er hätte alles, was er dazu zu sagen hatte, bereits niedergeschrieben? Vielleicht, doch die Antwort mag auch tiefer liegen, und zwar in Mittermaiers wissenschaftlichem Glaubensbekenntnis. Denn er wusste wohl, dass sich bei keinem Teile der Gesetzgebung sich im so hohen Grade zeigt, wie bei dem Strafverfahren, dass die besten formellen Vorschriften keine Wirksamkeit haben, „wenn sie nicht durch den sittlichen und öffentlichen Geist des Volkes belebt sind, für welches jene Vorschriften erlassen werden.“¹⁴ Und diesen Zusammenhang unterstreicht er in seinen Ausführungen über die Jury, als er festlegt: „Für die richtige Beurteilung des Werthes der Schwurgerichte entscheidet der Grundsatz, dass die Einrichtung nur einer aber nicht der einzige Weg ist, in Strafsachen ein gerechtes Urteil zu sichern, dass ferner die Wirksamkeit des Instituts durch gewisse Voraussetzungen bedingt ist, welche in dem Lande vorhanden sein müssen, in welchem die Jury eingeführt werden soll. Es muss daher als Irrthum die Meinung erklärt werden, dass das Schwurgericht mit jedweder Staats- und Gerichtseinrichtung vereinbar und daher ohne Rücksicht auf diese Verhältnisse beliebig auf irgend ein Land übertragen werden könne.“¹⁵

So ist es vielleicht nicht völlig verfehlt anzunehmen, dass Mittermaiers Enthaltensamkeit auch damit erklärt werden kann, dass er es mit seinem wissenschaftlichen Kredo nicht hatte vereinbaren können, sich ohne die genaue Kenntnis der ungarischen Gegebenheiten, der festzulegenden Gerichtsorganisation und des „sittlichen und öffentlichen Geistes“ des ungarischen Volkes über die heiklen Streitfragen des Strafverfahrens und vor allem über die Juryfrage zu äussern.

Meines Erachtens spricht einiges für die Vernünftigkeit dieser Hypothese. Den Beweis liefert wiederum ein an Mittermaier geschriebener Brief, diesmal eines anderen grossen Ungarn, Baron József Eötvös. Am 21. Dezember 1854 schrieb Eötvös, dass er Mittermaiers Erklärung, er sei mit seinen Ausführungen über die Jury zufrieden, mit besonderer Freude entgegennahm. Es handelt sich im Brief um das monumentale Werk „Der Einfluss der herrschenden Ideen des 19. Jahrhunderts auf das Staatswesen“, in dem Eötvös auch die Frage der Jury, und zwar in Bezug auf das Prinzip der Selbstverwaltung, behandelt. Und sobald die Frage der Schwurgerichte eher theoretisch — wie das bei Eötvös der Fall war — auf der Ebene des Allgemeinen, von allen nationalen Besonderheiten abstrahiert, angegangen wurde, war Mittermaier sofort bereit, sich über die Ausführungen zu äussern.¹⁶

In der Einführung machte ich das Versprechen auf die verlockende Frage, wieweit Mittermaiers Gedanken zur Lösung der Probleme von heute befragt, nicht einzugehen — und dieses Versprechen möchte ich auch halten. Doch kann und will ich die Frage nicht umgehen, welche Lehren ich für die bedeutendsten erachte von denen, die sich aus dem Studium des Mitter-

maierschen Lebenswerkes, der skizzierten Epoche der ungarischen Gesetzgebung, bzw. aus den Beziehungen Mittermaiers zu den Vertretern der liberalen Opposition in Ungarn für unsere heutigen Umstände ergeben, auch wenn diese Lehren nicht gerade ermutigend sind.

Nimmt man sich nämlich den Ablauf der kodifikatorischen Arbeiten vor, so sieht man, dass die Besten der Nation daran teil nahmen. Sie boten ihr Wissen und ihre Bildung an, weil sie sich dessen bewusst waren, dass die Erarbeitung eines progressiven, den Erfordernissen der Zeit entsprechenden und die Menschenrechte achtenden Strafrechts- und Verfahrenssystems zu den bedeutensten Aufgaben der Nation gehört. Ihre Teilnahme an den gesetzgeberischen Arbeiten bürgte dafür, dass die soziale Funktion und die tieferen Zusammenhänge der Rechtspflege, sowie die Interessen der Gemeinschaft nicht unberücksichtigt bleiben. Betrachtet man dann die kodifikatorischen Arbeiten von heute im Bereich des Strafverfahrensrechts, so gewinnt man leicht den Eindruck, als wären eben diese Gesichtspunkte unberücksichtigt; als ob bei der Gesetzgebung mehr und mehr bloss die Interessen der in der Rechtsanwendung unmittelbar mitwirkenden Instanzen in den Vordergrund träten und die Verfahrensregeln dann als Ergebnis eines Vergleiches unter diesen Organen entstünden. Vielleicht ist es mit diesem — lediglich den kurzichtigen Interessen der Behörden Rechnung tragenden — Gesetzgebungsmechanismus zu erklären, dass heute weniger Wert darauf gelegt wird, die Vorstellungen mit den besten, mit den international anerkannten Experten des Fachgebietes zu erörtern, sie um ihre Stellungnahme zu ersuchen, wobei die Vorbedingungen der Kommunikation gewiss günstiger sind, als zu Zeiten Mittermaiers und Szalays.

Es wäre aber verfehlt über die Lehren zu schweigen — und mit diesen möchte ich mein Referat beenden — die für uns Prozessrechtler, für uns Wissenschaftler sich aus dem Studium des Mittermaierschen Lebenswerkes ergeben. Für mich ist das Faszinierende in seinem Lebenswerk — neben der beinahe unwahrscheinlichen Produktivität — dass er bei der Behandlung aller Einzelprobleme fortwährend das ganze System vor Augen hat, in allen seinen Werken die Grundprobleme der Rechtspflege analysiert. Es scheint, als hätten wir uns in den letzten hundert Jahren von dieser umfassenden Sichtweise entfernt. Und ich bin nicht überzeugt davon, ob unsere Wissenschaft solch eine Menge von Informationen angehäuft hätte, die diese Zuwendung zu Einzelproblemen begründen würde. Vielleicht entspringt dieser Wandel dem Minderwertigkeitskomplex der Sozialwissenschaften im allgemeinen, die versuchten — die Naturwissenschaften nachahmend — ihre „Wissenschaftlichkeit“ durch eine fortlaufende Spezialisierung zu behaupten. Ich bin nicht dessen sicher, dass wir damit den rechten Weg eingeschlagen hatten. Auch für diese Entwicklung gilt vielleicht die Feststellung von József Eötvös, die er in seinem an Mittermaier geschriebenen Brief folgendermassen formulierte: in der Wissenschaft gibt es kein schädlicheres aber auch kein weiter verbreitetes Vorurteil, als das, was später erreicht wurde, deswegen schon als Fortschritt bewertet werden sollte.¹⁷

ANMERKUNGEN

- ¹ Siehe ausführlich, *Györgyi, Kálmán — Vékás, Lajos*: Mittermaier und das ungarische Rechtsleben, Budapest 1986 (Manuskript) (im weiteren *Györgyi—Vékás*).
- ² *Tarnai, János*: Huszonkét levél az 1842-től 1854-ig terjedő időszakból (Zweiundzwanzig Briefe aus den Jahren 1842—1854). *Magyar Igazságügy* (Ungarische Justiz) Bd XXII (1884) S. 455. (im weiteren, *Tarnai*).
- ³ *Schlett, István*: Eötvös József, Budapest 1987 S. 24—25.
- ⁴ Siehe 2. *B. Szalay, László*, Büntető eljárás II, In: Publicistai dolgozatok (Strafverfahren II. In: Publizistische Abhandlungen) Pest 1847 S. 129—132.
- ⁵ Siehe v. *Hippel, Robert*: Der deutsche Strafprozess, Lehrbuch, Marburg 1941, S. 33—45.
- ⁶ Über die Herkunft des Inquisitionsprozesses siehe *Schmidt, Eberhard*: Inquisitionsprozess und Rezeption, Leipzig 1940.
- ⁷ Über die Geschichte des ungarischen Strafverfahrens in deutscher Sprache siehe *Kovács, Kálmán*: Zur Geschichte des ungarischen Strafrechts und Strafprozessrechts 1000—1918 Budapest 1982.
Das städtische und kirchliche Strafverfahren lasse ich bei der Beschreibung ausser Betracht.
- ⁸ Zitiert von *Schmidt, Eberhard*: Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, 3. Aufl., Göttingen 1962, S. 290. (im weiteren, *Schmidt*, Einführung).
- ⁹ *Fayer, László*: Az 1843-iki büntetőjogi javaslatok anyaggyűjteménye (Materialsammlung der strafrechtlichen Entwürfe vom Jahre 1843), Band II, Budapest 1898 S. 533—534.
- ¹⁰ Siehe ausführlich *Varga, János*: Deák Ferenc és az első magyar polgári büntetőrendszer tervezete (Ferenc Deák und der Entwurf des ersten bürgerlichen Strafsystems), Zalaegerszeg 1980, S. 55—75.
- ¹¹ Zitiert von *Györgyi—Vékás*. 1.
- ¹² *Tarnai, S.*: 449—485.
- ¹³ *Schmidt*: Einführung, S. 289.
- ¹⁴ *Mittermaier, C. J. A.*: Die Gesetzgebung und Rechtsübung über Strafverfahren nach ihrer neuesten Fortbildung dargestellt und geprüft, Erlangen 1856 S. 131. (im weiteren: *Mittermaier* Strafverfahren).
- ¹⁵ *Mittermaier*: Strafverfahren, S. 224.
- ¹⁶ *Tarnai, S.*: 481—485.
- ¹⁷ *Tarnai, S.*: 481.

Summary

MITTERMAIER AND THE REFORM OF THE HUNGARIAN CRIMINAL PROCEDURE

by KÁROLY BÁRD
(Budapest)

The author discusses the role played by Mittermaier in the renewal of the Hungarian penal legislation in the first half of the 19th century. He raises the issue what made the representatives of the Hungarian reform movement turn to Mittermaier for asking his advice and support. The author comes to the conclusion that in addition to Mittermaier's international authority it was the common political credo, i. e. the common efforts to bring national traditions and the experience of the most advanced nations together also in the field of penal legislation that explain Mittermaier's close contacts to the members of the Hungarian liberal opposition.